

Familienpolitische Reformen in Skandinavien – Gleichberechtigung der Geschlechter und Wahlfreiheit der Eltern

Anne Lise Ellingsæter
Arnlaug Leira

In Deutschland steht eine wichtige familien- und gleichstellungspolitische Diskussion erst an ihrem Beginn: die Frage, ob der Staat eher die öffentliche Kinderbetreuung ausbauen oder die Erziehungsleistungen innerhalb der Familie finanziell unterstützen oder als zusätzliche Alternative eine „Wahlfreiheit der Eltern“ ermöglichen sollte. Antworten und Anregungen gibt ein Blick in die skandinavischen Länder,¹ da hier bereits Erfahrungen mit allen drei familienpolitischen Reformalternativen vorliegen.²

1

Einleitung

In den modernen europäischen Wohlfahrtsstaaten steht die Frage nach einem angemessenen Umgang mit den Bedürfnissen berufstätiger Eltern ganz oben auf der sozialpolitischen Agenda. Themen wie Elternschaft, Kinderbetreuung und Gleichberechtigung sind in den Mittelpunkt oftmals erregter öffentlicher und politischer Debatten gerückt. Diskussionen darüber, welche Familienformen – wenn überhaupt – gefördert werden sollen, reflektieren die Ansicht, was Familie heute *ist* oder *sein sollte*, was sie leisten sollte, wer bzw. was zur Familie gehören sollte (Ellingsæter/Leira 2006). Neue Arrangements und Normen, die die Beziehungen zwischen Müttern, Vätern, Arbeitsmärkten und Wohlfahrtsstaaten regeln, stehen der institutionellen Ordnung und den Traditionen des industriellen Zeitalters gegenüber. Der laufende politische Reformprozess ist mit einer Neuverhandlung der Aufgabenverteilung bei der frühkindlichen Betreuung und einer Grenzverschiebung zwischen privater und öffentlicher Sphäre, zwischen Eltern und Staat, verbunden.

In diesem Beitrag, der sich den arbeits- und familienpolitischen Reformen der nordischen Länder in den 1990er Jahren widmet, werden die wichtigsten Bestandteile und Ergebnisse dieses Reformprozesses erklärt und diskutiert. Betrachtet werden Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden. Einer der Haupttrends, der sich im Verlauf dieser Reformwelle herausgebildet hat, ist eine verstärkte Betonung der „Wahlfreiheit der Eltern“ als politisches Ar-

gument. Deswegen wird auch die Wirkung dieser Richtungsänderung auf das alte Ziel der Gleichberechtigung der Geschlechter, die Basis der nordischen Familienpolitik ist, diskutiert. Im letzten Teil folgen eine Einschätzung der aktuellen Situation und ein Ausblick auf mögliche künftige Entwicklungen.

2

Elternschaft als politischer Gegenstand

Die „Politisierung von Elternschaft“³ ist keine Neuerscheinung. „Familie“ und „Elternschaft“ sind, genau wie alle anderen sozialen Institutionen und Praktiken, zumindest indirekt, stets Gegenstand politischer Debatten. Die Familienpolitik der skandinavischen Länder hat jedoch eine lange Reformtradition. Beck/Giddens (2005) beschreiben sie folgendermaßen: „Die egalitärsten und solidarischsten Gesellschaften Europas (sogar der Welt), nämlich die skandinavischen Länder, haben auch die meisten Reformen durchlaufen [...] Was kann der Rest Europas [...] von diesen erfolgreicheren Ländern lernen? Viele meinen, nicht viel, da es sich größtenteils um kleine Länder mit ganz spezifischen Sozialsystemen handelt, die anderswo nicht einfach übernommen werden können. Wir hingegen sagen: eine ganze Menge. Natürlich können wir nicht alle Skandinavier werden. Aber wir können vom Beispiel dieser bewährten Verfahrensweisen profitieren.“ In anderen europäischen Ländern werden bereits viele arbeits- und familienpolitische Reformen, die denen der nordischen Wohlfahrtsstaaten gleichen, erarbei-

tet oder institutionalisiert. Die Lektionen des nordischen „familienpolitischen Experiments“, also die verschiedenen politi-

1 Normalerweise werden nur Dänemark, Norwegen und Schweden als „skandinavische Länder“ bezeichnet, während der Begriff „nordische Länder“ auch Finnland und Island einschließt. Hier werden die Begriffe jedoch synonym für die Länder Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden gebraucht.

2 Dieser Artikel basiert auf den Ergebnissen von Ellingsæter/Leira (2006).

3 „Politisierung von Elternschaft“ meint in diesem Artikel: die öffentliche Begründung und Debatte bzw. die Mobilisierung für politische Reformen, die eigentlichen politischen Prozesse, in deren Rahmen die Reforminhalte formuliert, in Gesetzesform gebracht und schließlich rechtskräftig werden, sowie die Reaktionen der Öffentlichkeit und der Eltern auf diese politischen Interventionen, die ihrerseits öffentliche Debatten, politische Mobilisierungsprozesse, die Formulierung von Reformen usw. nach sich ziehen können (Ellingsæter/Leira 2006, S. 4).

Anne Lise Ellingsæter, Professorin für Soziologie am Institut für Soziologie und Humangeografie der Universität Oslo. Arbeitsschwerpunkte: Familienpolitik, Geschlechterrollen und Arbeit, soziale Zeit.

e-mail: a.l.ellingsater@sosiologi.uio.no

Arnlaug Leira, Professorin für Soziologie am Institut für Soziologie und Humangeografie der Universität Oslo. Arbeitsschwerpunkte: Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Geschlechterrollen, Fürsorge und soziale Bürgerrechte; politische Geschichte frühkindlicher Erziehung und Betreuung.
e-mail: arnlaug.leira@sosiologi.uio.no

Übersetzung aus dem Englischen von
Gabriele Horn

Tabelle 1: Familienpolitische Reformen in Skandinavien

	Dänemark	Finnland	Norwegen	Schweden
Bezahlter Elternurlaub, den Vater und Mutter untereinander aufteilen können	1984	1978	1978	1974
Teil des Elternurlaubs bleibt Vätern vorbehalten – „Väterquoten“	1997 (2002 aufgehoben)	2003	1993	1994
Kinderbetreuungsgeld für 1–2-Jährige, die keine Kindertagesstätte besuchen	–	1990	1998	1994 (im selben Jahr aufgehoben)
Gesetz über staatliche Kinderbetreuungsangebote	1976	–	1975	1975

Quelle: Zusammenstellung der Autorinnen.

WSI MITTEILUNGEN

schen Maßnahmen, die die umfangreichen Reformpakete zur Unterstützung von Eltern mit Kleinkindern enthalten, sind für die laufende europäische politische Debatte folglich von großer Relevanz.

3

Die nordische Familienpolitik

Die nordische Familienpolitik hat in den 1970er und den 1990er Jahren zwei Phasen umfassender politischer Reformen durchlaufen. Für das Verständnis der späteren Entwicklung ist die Kenntnis der früheren Reformphase unverzichtbar, deren zentrale Etappen (Tabelle 1) wir im Folgenden darstellen.

3.1 DIE 1970ER JAHRE: DIE PRÄGENDE PHASE

Die 1970er Jahre gaben der nordischen Arbeits- und Familienpolitik ihre Prägung: In Finnland, Norwegen und Schweden wurden nationale Gesetze verabschiedet, die einen bezahlten, verlängerten Elternurlaub nach der Geburt oder Adoption eines Kindes vorsahen. Dänemark folgte 1984. Die Elternurlaubsgesetze waren sowohl für den öffentlichen als auch für den privatwirtschaftlichen Sektor bindend und beinhalteten spezielle Rechte für Mütter, für Väter (sogenannte „Papa-Tage“ bei der Geburt eines Kindes) sowie einen Urlaubsanspruch, der für beide Eltern galt und von diesen nach eigenem Ermessen untereinander aufgeteilt werden konnte. Alle genannten Länder erließen Gesetze zur staatlichen Förderung und/oder Bereitstellung von Kindertagesbetreuung in der Vorschulperiode, die auf eine flächendeckende Versorgung abzielten (Tabelle 1). Das heißt keineswegs, dass in dieser Frage politischer

Konsens herrschte. Die arbeits- und familienpolitischen Reformen waren in der parteipolitischen Debatte dieses Jahrzehnts stark umstritten. Die Linke, die – unter der Führung der Sozialdemokratie – in der Regel den Grundsatz der Gleichberechtigung der Geschlechter in der Familienpolitik verfolgte, stand einem Mitte-Rechts-Spektrum gegenüber, das deutlich traditionellere Auffassungen vom Geschlechterverhältnis vertrat.

Die familienpolitischen Reformen der 1970er Jahre waren eine Reaktion auf den steigenden Anteil erwerbstätiger verheirateter Frauen sowie von Müttern mit Kleinkindern am Arbeitsmarkt. Sie strömten auf die im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums und der stufenweisen Tertiarisierung der Wirtschaft entstandenen neuen Arbeitsplätze. Der Beschäftigungsanstieg bei Müttern begann in den 1960er Jahren – Mitte der 1970er Jahre ging etwa die Hälfte der Mütter noch nicht schulpflichtiger Kinder in den nordischen Ländern einer Erwerbstätigkeit nach. Anfangs fiel die Förderung erwerbstätiger Eltern/Mütter durch den Wohlfahrtsstaat recht mager aus. Doch entsprechend der ansteigenden Beschäftigungsquote von Müttern war die Neuordnung der ökonomischen Versorgung in den Familien bereits weit fortgeschritten, bevor es in Skandinavien eine umfassende Förderung gab (Leira 1992). Ein ähnliches Muster ist in allen westlichen Ländern zu finden: Auslöser der politischen Reformen ist der Beschäftigungsanstieg von Müttern, nicht umgekehrt. Die steigende Frauenerwerbstätigkeit wird dann – neben anderen sozialen, politischen und historischen Faktoren – eine wichtige Determinante für den Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Angebote (Huber/Stephens 2000). In Skandinavien liegt die *Hauptursache* für die Politisierung von Elternschaft also im veränderten Verhalten der Mütter.

An den Reformen zur bedarfsgerechten Unterstützung von Eltern und Kindern in den nordischen Ländern haben sozialdemokratische Regierungen einen großen Anteil. Offensichtlich traf die Intervention des Wohlfahrtsstaats in Bezug auf Geschlechter- und Familienarrangements im sozialdemokratischen Skandinavien auf eine breitere Akzeptanz als in liberal oder konservativ geprägten Staaten (Leira 2002). Man könnte sogar soweit gehen, zu behaupten, dass die staatlichen Leistungen inzwischen als *selbstverständlich vorausgesetzt* werden. In dem Maße, in dem sich die Erwerbstätigkeit von Frauen, einschließlich der von Müttern mit Kleinkindern, zur gesellschaftlichen Realität entwickelte, wurde auch die gesellschaftliche Lage der Frau zunehmend politisiert. Die Ungleichheiten, mit denen Frauen im Bildungssystem, beim Zugang zum Arbeitsmarkt und bei der Bezahlung konfrontiert waren, wurden als politische Anliegen definiert und trafen zeitlich mit dem größeren gesellschaftlichen Projekt der Erweiterung des Wohlfahrtsstaats und der Institutionalisierung sozialer Rechte zusammen.

Die Politisierung der Elternschaft war also eng mit der Gleichberechtigung der Geschlechter verknüpft. Die arbeits- und familienpolitischen Reformen der 1970er Jahre waren stark vom Anspruch auf Universalismus und Egalitarismus – zentrale Werte bei der Schaffung des sogenannten „sozialdemokratischen nordischen Wohlfahrtsstaatsmodells“ – geprägt (Esping-Andersen 1990). Als ein Hauptmerkmal dieses Modells wird eine „Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit“ genannt (Graubard 1986; Kautto et al. 2001; Kangas/Palme 2005; Beck/Giddens 2005). Mit dem Wohlfahrtsstaat ist im Allgemeinen die Erwartung verbunden, dass Ungleichheiten bei der Verteilung der ökonomischen Ressourcen, der politischen Macht und der Mitspracherechte der verschiedenen sozialen Klassen und geografischen Regionen eingedämmt werden. Diese egalitäre Tradition wurde in den 1970er Jahren erweitert, indem auch Fragen der sexuellen oder geschlechtsspezifischen Ungleichheit einbezogen wurden (Leira 1993). Auf der politischen Ebene wurde die Chancen- und Erfolgsgleichheit der Geschlechter zum wichtigen Bestandteil des Wohlfahrtsstaatsmodells. Gesetze zur Gleichstellung der Geschlechter wurden daher in Dänemark, Norwegen und Schweden Ende der 1970er und in Finnland Ende der 1980er Jahre erlassen.

3.2 DIE 1990ER JAHRE: EINE ZWEITE REFORMWELLE

In den 1990er Jahren – eine Zeit beträchtlicher makroökonomischer Turbulenzen, die unter anderem mit einem rasanten Anstieg der Arbeitslosenquote verbunden war – kam es zu einer neuen Welle umfassender familienpolitischer Reformen (Tabelle 1). Die ökonomische Rezession, der wachsende Druck seitens der sich globalisierenden Ökonomien und die Deregulierung der Arbeitsmärkte wurden als Vorzeichen des Niedergangs des skandinavischen Modells gewertet. Doch trotz der ökonomischen Probleme erhöhten sich in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden die Investitionen des Wohlfahrtsstaats in die frühkindliche Betreuung und die öffentlichen Ausgaben für Kinderbetreuung stiegen erheblich. Insgesamt wurde das Recht von Eltern und Kindern auf Kinderbetreuung gestärkt (Leira 2002). Und während sich der politische Diskurs der 1970er Jahre zur Gleichberechtigung auf erwerbstätige Mütter konzentrierte, verlagerte sich der Schwerpunkt in den 1990er Jahren zunehmend auf die Schaffung besserer Optionen für aktive Väter, wobei es länderspezifische Herangehensweisen gab. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergänzungen des familienpolitischen Reformpakets kurz skizziert.

3.3 DIE REFORMMAßNAHMEN

ELTERNURLAUB

Der Elternurlaub wurde in den vier Ländern auf etwa ein Jahr verlängert, wobei hohe Sätze für Einkommensersatzleistungen gewährt wurden. Auf diese Weise wurde die *elterliche* Betreuung des Kindes im ersten Lebensjahr gesetzlich normiert. (Den überwiegenden Anteil des Elternurlaubs konnten die Eltern nach wie vor nach eigenem Ermessen unter sich aufteilen). Darüber hinaus wurden flexiblere Regelungen zur Inanspruchnahme des Elternurlaubs eingeführt, um die *Wahlfreiheit* der Eltern zu erhöhen. Eine echte Innovation des Elternurlaubsystems stellte die Einführung eines Vätern vorbehaltenen Elternurlaubs dar, die sogenannte „Väterquote“. Diese Regelung wurde zuerst in Norwegen (1993) und Schweden (1994) eingeführt, 1997 folgte Dänemark, während die Väterklausel in Finnland erst 2003 erlassen wurde. Ein Hauptgrund für die

Tabelle 2: Anteil des von Vätern in Anspruch genommenen bezahlten Elternurlaubs (bei Geburt oder Adoption) – in % –

	Dänemark	Finnland	Norwegen	Schweden
1990	4,1	2,4	–	8,8
1995	4,4	3,6	5,8	10,3
2000	5,1	4,4	7,2	13,7
2003	5,5	5,3	8,6	18,3
2004	5,5	5,7	9,0	19,7

Quelle: Nordic Councils of Ministers (2006); NOSOSCO (2006).

WSI MITTEILUNGEN

Quotierung waren Bedenken in Bezug auf die Chancen einer tatsächlichen Gleichberechtigung der Geschlechter: In Dänemark und Finnland nahmen Väter Mitte der 1990er Jahre weniger als 5 % der gewährten Elternurlaubstage in Anspruch, in Norwegen waren es 6 % und in Schweden 10 % (Tabelle 2). Zu Beginn der 1990er Jahre traf der Vätern bei Geburt eines Kindes vorbehaltenen Urlaub auf breite Resonanz und wurde von den meisten in Anspruch genommen (Leira 2002). Der Teil des Elternurlaubs, den die Eltern nach eigenem Ermessen unter sich aufteilen konnten, wurde jedoch in der Regel von den Müttern beansprucht.

KINDERBETREUUNGSANGEBOTE

Das Kinderbetreuungsangebot wurde – getrieben von der hohen Nachfrage vonseiten der Eltern – bedarfsentsprechend ausgebaut. Hier wurde der Grundstein gelegt, dass die nordischen Länder bereits 2004 zur Gruppe der Länder zählten, die sich den Zielvorgaben der Europäischen Kommission zum Kinderbetreuungsangebot

weitestgehend genähert hatten. In Dänemark und Schweden ist der Betreuungsbedarf für Kinder der Altersgruppe 3–5 Jahre nahezu vollständig gedeckt (Tabelle 3). Norwegen bleibt, wie in der Vergangenheit, bei der Bedarfsdeckungsquote zurück; auffällig sind vor allem Lücken im Betreuungsangebot für 1–2-Jährige. Durch den eindrucksvollen Ausbau des norwegischen Kinderbetreuungsangebots in den letzten Jahren durch die rot-grüne Regierungskoalition konnte die Bedarfsdeckungsquote vor allem bei der frühkindlichen Betreuung jedoch beträchtlich verbessert werden (Elingsæter/Gulbrandsen 2007).

In Dänemark und Schweden mussten Kinderbetreuungsplätze bereits in den 1990er Jahren ohne unangemessene Verzögerungen zur Verfügung gestellt werden; in den dänischen Kommunen wurde nahezu ausnahmslos eine Betreuungsgarantie für Kinder eingeführt. Finnland beschritt 1990 einen anderen Weg. Es war das erste nordische Land, das ein persönliches Recht der unter 3-Jährigen auf öffentlich geförderte Betreuung – entweder in Form eines Krippenplatzes oder in Form des Kinderbetreu-

Tabelle 3: Kinder in öffentlich geförderten Betreuungsstätten 1975, 1990, 1995, 2004 – in % aller Kinder der Altersgruppe

Jahr/Alter des Kindes	Dänemark	Finnland	Norwegen	Schweden
1975				
0–2	18	4	3	13
3–6	27	9	6	19
1990				
0–2	48	31	11	29
3–6	73	58	57	64
Gesamt 0–6	61	44	33	48
1995				
0–2	48	18	22	37
3–6	83	55	61	74
Gesamt 0–6	68	39	44	59
2004*				
Unter 1	12	1	2	–
1–2	83	37	48	66
3–5	95	68	87	95

* Aufgrund von Änderungen im Antragsverfahren und der Verlängerung des Elternurlaubs können die Zahlen aus dem Jahr 2004 nicht ohne Weiteres zum Vergleich mit anderen Jahren herangezogen werden.

Quelle: 1975, 1990, 1995: Leira 2006, Tabelle 2.2.; 2004: NOSOSCO (2006).

WSI MITTEILUNGEN

ungsgeldes – gesetzlich verankerte. Gleichwohl liegt die finnische Bedarfsdeckungsquote weit unter derjenigen anderer Länder (Tabelle 2), was auf die Einführung des Betreuungsgeldes in einer Zeit rasant ansteigender Arbeitslosigkeit, insbesondere 1995 und 2004, zurückzuführen ist.

Mit dem gesetzlichen Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld für Eltern als Alternative zum Anspruch auf einen öffentlich geförderten Tagesbetreuungsplatz für das Kind wurden die Möglichkeiten elterlicher Wahlfreiheit in den 1990er Jahren in Schweden, Norwegen und Finnland weiter ausgebaut. Schweden hat das Betreuungsgeld später wieder zurückgezogen, mit der Begründung, es unterminiere die ökonomische Aktivität von Frauen (Ellingsæter/Leira 2006). Auch in Norwegen soll dieser Anspruch nach den nächsten Parlamentswahlen 2009 erneut überprüft werden.

3.4 UNTERSCHIEDLICHE AKZENTSETZUNGEN

Obleich die gegenwärtigen skandinavischen Reformpakete zur Arbeits- und Familienpolitik auf den ersten Blick recht ähnlich erscheinen, bestehen in den Konzeptionen zur frühkindlichen Betreuung einige wesentliche Unterschiede (Ellingsæter/Leira 2006). Bei der Unterstützung der mütterlichen Erwerbstätigkeit durch eine großzügige Förderung des öffentlichen Kinderbetreuungsangebots ähneln sich Dänemark und Schweden sehr. Dänemark ist bei der Bereitstellung von frühkindlichen Erziehungseinrichtungen und Kindertagesbetreuung in der Vorschulphase seit 30 Jahren Spitzenreiter, gefolgt von Schweden auf Platz zwei (Leira 2006; siehe auch Tabelle 3). Bei der Förderung der aktiven Vaterschaft unterscheiden sich die nationalen Politikstrategien jedoch erheblich: Während Schweden die Väterquote auf zwei Monate verlängert hat, wurde die dänische Zwei-Wochen-Quote für Väter bereits kurz nach ihrer Einführung wieder abgeschafft. Schweden kommt hier eher dem norwegischen Modell nahe, und auch in Finnland bestehen entsprechende Fördermaßnahmen. Durch das Betreuungsgeld, das Eltern vor allem in Finnland und in geringerem Maße auch in Norwegen gewährt wird, fördern die Länder die häusliche Kinderbetreuung durch die Eltern – was häufig als Förderung des Hausfrauenstatus' von Müttern verstanden wird –, während das Leistungspaket Dänemarks keine sol-

che Regelung umfasst und sie in Schweden wieder abgeschafft wurde (Leira 2002, 2006). Diese Mischung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden ist ein Zeichen für die zunehmende Komplexität der nationalen Politikstrategien, eine Entwicklung, die die Vieldeutigkeit und Unvereinbarkeit der einzelnen Reformen noch verstärkt, da die Reformen immer mehr Maßnahmen mit widersprüchlichen Zielsetzungen enthalten. Eine treibende Kraft für diese zunehmende Komplexität sind die häufigen Regierungswechsel, die oft mit der Bildung von Koalitionsregierungen einhergehen.

Die skandinavischen Erfahrungen zeigen deutlich, dass die auf unterschiedlichen Begründungskontexten beruhenden divergierenden vereinbarkeitspolitischen Strategien auch unterschiedliche Wirkungen auf die geschlechterspezifische Arbeitsteilung entfalten. So erwies sich die Väterquote als wirksameres Mittel zur Veränderung des geschlechtsspezifischen Verhaltens bei der Kinderbetreuung als die Förderung der elterlichen Wahlfreiheit. Schweden und Norwegen, wo die Quote bereits lange Realität ist, sind die Länder, in denen der von Vätern beanspruchte Anteil an der Elternurlaubszeit am höchsten ausfällt (Tabelle 2). Schwedische Väter nahmen 2004 20 % des gesamten Elternurlaubs in Anspruch, und bei den Norwegern waren es fast 10 %. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang der Fall Islands, wo jeder Elternteil Anspruch auf drei Monate Urlaub hat, während drei weitere Urlaubsmonate im Sinne der „Wahlfreiheit der Eltern“ von diesen untereinander aufgeteilt werden können. Tatsächlich nutzten isländische Väter knapp 30 % der verfügbaren neun Monate. Diese hohe Inanspruchnahme des Elternurlaubs durch die Väter ist ein Hinweis dafür, dass sich im Zuge der Quotenregelung für Väter neue Normen ausprägen und die väterliche Kinderbetreuung zur Normalität wird.

Auf der anderen Seite gibt es in Finnland und Norwegen Kinderbetreuungsgeldsysteme, die Eltern die Option bieten, eine finanzielle Zuwendung in Anspruch zu nehmen (Finnland monatlich 294 € pro Kind (2006), Norwegen monatlich 400 € (2007)), wenn sie das staatliche Kinderbetreuungsangebot nicht nutzen. Die Beschäftigungsquoten beider Länder zeigen, dass diese Arrangements ein Hemmnis für die Gleichberechtigung der Geschlechter sind; das belegt vor allem das Beispiel Finn-

lands, die norwegischen Zahlen sind weniger deutlich. In Finnland ist die Beschäftigungsquote bei Müttern mit Kindern aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit stark abgefallen (Haataja/Nyberg 2006). In Norwegen dagegen stagniert die Entwicklung der Frauenbeschäftigung (Ellingsæter 2006). Das verdeutlicht, dass der *Kontext*, in dem Mütter ihre Entscheidungen in Bezug auf eine Erwerbstätigkeit treffen, für die Praxis der Kinderbetreuung von entscheidender Bedeutung ist. Darüber hinaus ist der Anteil der Eltern, die Betreuungsgeld erhalten, in Norwegen drastisch gesunken (von 71 % im Jahr 2002 auf 48 % im Jahr 2006). Gleichzeitig ist die Nachfrage nach Kinderbetreuungsdienstleistungen in Norwegen dramatisch gestiegen – eine Entwicklung, die auf die Kombination von günstigen Arbeitsmarktbedingungen, sinkenden Tagesbetreuungskosten und einer allgemeinen Erhöhung des Betreuungsangebots zurückzuführen ist (Ellingsæter/Gulbrandsen 2007).

4

Gleichberechtigungspolitik versus Wahlfreiheit

Die traditionellen Werte des nordischen Wohlfahrtsstaats, Universalismus und Egalitarismus, waren und sind in der Region bis heute wichtig, aber ebenso umstritten. In den 1990er Jahren wurde vor dem Hintergrund gravierender ökonomischer Probleme zunehmend die Forderung laut, den Wohlfahrtsstaat zurückzubauen oder einer Generalüberholung zu unterziehen. Mit dem Aufleben neoliberaler Strömungen und häufiger Regierungswechsel mehrten sich die Befürworter des Individualismus, und die Forderung nach mehr Wahlfreiheit im wohlfahrtsstaatlichen Leistungskatalog wurde laut. Die in der Öffentlichkeit und in der Politik geführte Debatte zur Familienpolitik spiegelt die konfligierenden Ideologien und Interessen seither wider.

Das Modell der Gleichberechtigung der Geschlechter, das im letzten Jahrzehnt das dominante familienpolitische Modell der nordischen Länder war, steht für die elterliche Aufgabenteilung sowohl bei bezahlter als auch bei unbezahlter Erwerbs- und Familienarbeit, d. h. es geht um ein Zwei-Verdiener/Zwei-Betreuer-Familienarrangement. Dieses Modell wurde vornehmlich von der Sozialdemokratie und der Linken

vertreten. In der politischen Debatte tritt nunmehr jedoch auch ein konkurrierendes Familienmodell in Erscheinung, das oft vom Mitte-Rechts-Spektrum befürwortet wird. Formal ist dieses Modell geschlechtsneutral angelegt, es zielt auf die Aufwertung unbezahlter Familienarbeit und tritt für eine Kompensation für die Betreuungsarbeit ein – eben durch das Betreuungsgeld und die Gewährung sozialer Rechte für die unbezahlte Betreuungsperson. Im Allgemeinen werden politische Reformen, die auf eine Bezuschussung der elterlichen Kinderbetreuung abzielen, jedoch als Unterstützung eines *traditionellen* Familienmodells gewertet, in dem Mütter Hausfrauen sind (Leira 2002; Ellingsæter/Leira 2006). Während der 1990er Jahre bis in das neue Jahrtausend hinein entspann sich ein erneuter politischer Streit um die Frage, welches Modell gefördert werden sollte, wobei die Befürworter des stärker traditionell orientierten Modells ihre Argumente zunehmend auf die Maxime einer Förderung der „Wahlfreiheit der Eltern“ stützten.

4.1 CHANCEN- UND ERGEBNISGLEICHHEIT

Im politischen Leben der nordischen Länder ist der Grundsatz der Geschlechtergleichheit als Grundvoraussetzung des demokratischen Fortschritts allgemein anerkannt. Dabei ist zu bedenken, dass der Gleichheitsbegriff in der Tradition der nordischen Länder über die bloße Chancengleichheit hinausreicht und die *Ergebnisgleichheit* betont. Diese Konzeption der Gleichberechtigung der Geschlechter verdeutlicht auch eine Erklärung des Nordischen Ministerrats.⁴ Demnach ist die Gleichberechtigung der Geschlechter fester Bestandteil der skandinavischen Bürgerrechte und ein zentrales Element des nordischen Wohlfahrtsstaatsmodells. Darüber hinaus ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht auf den Zugang zum Arbeitsmarkt und die ökonomische Unabhängigkeit beschränkt, sondern erstreckt sich auch auf Arbeits- und Familienarrangements. Um die Gleichberechtigung der Geschlechter zu verwirklichen, „muss die Verteilung der Arbeit zwischen Mann und Frau in der Familie und in der Gesellschaft geändert werden“ (Nordic Councils of Ministers 1995, S. 10). Diese offizielle Rhetorik stimmt im Wesentlichen mit den Argumenten für eine der wichtigen familienpolitischen Reformen der 1990er Jahre über-

ein: die Einführung der Väterquoten. Auch hier hatte man betont, dass die Chancen auf die Gleichheit am Arbeitsmarkt beeinträchtigt würden, wenn die Gleichberechtigung der Geschlechter an der Haustür ende.

4.2 ERFOLGE IN DER GLEICHBERECHTIGUNGSPOLITIK

Im Vergleich mit der Situation der meisten anderen europäischen Länder war der skandinavische Modernisierungsansatz im Bereich Gleichberechtigung und Familie erfolgreich. Die gegenwärtigen Beschäftigungsquoten nordischer Frauen im gebärfähigen Alter sind mit ca. 80 % in der Altersgruppe der 25–35-Jährigen und etwas mehr in der Altersgruppe der 35–44-Jährigen hoch. Die Kluft zwischen den geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten hat sich beträchtlich verringert; die Beschäftigungsquoten der Männer liegen nur etwa 10 Prozentpunkte oder weniger über den Vergleichswerten der Frauen (Nordic Councils of Ministers 2006).

Darüber hinaus zählen neben den hohen Beschäftigungsquoten der nordischen Mütter auch die skandinavischen Geburtenziffern zu den höchsten Europas. Diese Kombination wird oft als Indikator für den Erfolg der familienpolitischen Reformen gewertet, die sowohl Müttern als auch Vätern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern (Rønsen/Skrede 2006) und verhindern, dass Frauen sich zwischen Kinderwunsch und Karriere entscheiden müssen. 2004 bewegte sich die Geburtenziffer der skandinavischen Länder bei Werten zwischen 1,75 in Schweden und 1,81 in Norwegen, während sie beispielsweise in Deutschland bei 1,37 lag. Die bisherige Geburtenziffer der Geburtenkohorte von 1965 ist mit Werten zwischen 1,91 in Finnland und 2,06 in Norwegen nahezu ausreichend, um den Erhalt der Bevölkerung zu sichern (Ellingsæter 2007a). Der Vergleichswert für Deutschland beläuft sich auf 1,53.

Der Ansatz, die Gleichberechtigung der Geschlechter im Haushalt und insbesondere bei der Kinderbetreuung über Elternurlausgesetze zu fördern, trug auch zum kulturellen Paradigmenwechsel, zur Umdeutung von Männlichkeit und zur Herausbildung neuer Normen für eine „gute Vaterschaft“ bei. Darüber hinaus wurde durch die Gesetzgebung die Verhandlungsbasis der Väter gegenüber dem Arbeitgeber und zu Hause gestärkt. Seit Beginn des

neuen Jahrzehnts sind Väter stärker am Alltag ihrer Kleinkinder beteiligt, als das bei früheren Generationen der Fall war. Betrachtet man einen Zeitraum von 30 Jahren, ist jedoch offensichtlich, dass sich in Bezug auf den Zugang der Mütter zum Arbeitsmarkt und deren Beitrag zum Familieneinkommen – bisher – bedeutend tiefgreifendere Veränderungen vollzogen haben als bei der Beteiligung der Väter an der Kinderbetreuung (Leira 2006).

Es gibt am Arbeitsmarkt und in der Familie nach wie vor geschlechtsspezifische Muster. Frauen verbringen weniger Zeit im Erwerbsleben, verdienen weniger und leisten einen größeren Teil der Familienarbeit als Männer (Skrede 2004; Bergqvist et al. 1999). Und: Der überwiegende Anteil der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Die Ursachen dieser geschlechtsspezifischen Muster sind stark umstritten.⁵

4.3 DIE ELTERLICHE „WAHLFREIHEIT“

Mit den jüngeren Reformen der nordischen Arbeits- und Familienpolitik wird das politische Ziel verfolgt, die Wahlfreiheit der Eltern zu fördern. Dies ist keine vollkommen neue Idee, wenngleich sich Inhalt und Bedeutung des Konzepts mit der Zeit verändert haben. So wurde es Eltern in den nordischen Ländern beispielsweise durch die familienpolitische Gesetzgebung der 1970er Jahre ermöglicht, einen Großteil des Elternurlaubs untereinander aufzuteilen. Das Gesetz wurde damals allgemein als Ausdruck der Bemühungen der nordischen Politik um die Gleichberechtigung der Geschlechter gewertet. Obwohl die Regelung durchaus „politisch korrekt“ war, änderte sie jedoch aus verschiedenen Gründen nichts am Verhalten der Eltern – die Möglichkeit einer gerechteren Aufteilung der Kinderbetreuung blieb weitgehend ungenutzt.

In den 1990er Jahren entspricht das familienpolitische Argument der Wahlfreiheit der Eltern dem Trend, die individuelle und freie Wahl zunehmend als politisches Paradigma zu etablieren. Die Möglichkeit des Einzelnen, über Angebote und Zuwen-

4 Der Nordische Ministerrat (Nordic Councils of Ministers) ist ein Forum der nordischen Regierungen. Er wurde 1971 gegründet. Seither treffen sich die nordischen Ministerpräsidenten regelmäßig, z. B. vor Treffen des Europäischen Rates.

5 Vgl. dazu ausführlich *Petersen et al.* 2007 sowie die Gegenposition bei *Mandel/Semyonov* 2005.

dungen frei entscheiden zu können, wird oft als eigenständige wohlfahrtsstaatliche Zielsetzung dargestellt. In der Familien- und Sozialpolitik wird die Wahlfreiheit als Mittel zur Stärkung der Verbraucherrechte der Familien gehandelt, wie beispielsweise an der Debatte über Betreuungsgeld oder Kindertagesstätten zur Umsetzung einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung deutlich wird. Der Begriff „Wahlfreiheit der Eltern“ hat sich wirklich zu einer sehr einflussreichen Metapher entwickelt (Ellingsæter/Leira 2006).

In Anbetracht der seit den 1990er Jahren wachsenden Vielfalt an Familienarrangements scheint die „Wahlfreiheit der Eltern“ auf den ersten Blick *die* politische Antwort zu sein. Und unbestreitbar steht sie für die Option, dass sowohl Mütter als auch Väter echte Entscheidungen treffen und ihre individuellen Biografien gestalten können. Dennoch wirft der individualisierte Interpretationsrahmen für das moderne Familienleben einige kritische Fragen auf: Mit ihm verbindet sich ein Konzept autonomer Akteure, die in allen Lebenssituationen Entscheidungen treffen müssen – und können. Diese Konzeption des Akteurs ist zu eng gefasst und muss um die Einsicht ergänzt werden, dass das Individuum an eine Reihe verschiedener sozialer Beziehungen gebunden ist, die im Verlaufe des Lebens durch unterschiedliche Autonomie- und Abhängigkeitsniveaus gekennzeichnet sind (Syltevik/Wærness 2004). Das aber bedeutet: Die mit der Elternschaft verbundenen Verpflichtungen und Anforderungen stellen die Überbetonung der Individualismusthese klar infrage.

4.4 WESSEN „WAHLFREIHEIT“?

In Skandinavien werden die politischen Reformen zur Kinderbetreuung vielfältig genutzt (Ellingsæter/Leira 2006). Dies ist Anlass zu fragen: Worauf fällt die erste Wahl – auf Arbeit oder Kinderbetreuung –, und wer wählt zuerst – Mutter oder Vater? Abgesehen davon, wie diese Entscheidungsprozesse ausgehen, ist es wichtig, die langfristigen Folgen der getroffenen Entscheidungen – vor allem im Hinblick auf die Gleichberechtigung der Geschlechter beim Zugang zu Ressourcen, hinsichtlich ihrer Optionen und Erfolgsaussichten – abzuwägen (Leira 2002; Skrede 2004).

Bisherige Erkenntnisse sind ernüchternd: Geschlechtsneutrale familienpolitische Reformen, die auf die „Wahlfreiheit“

bei der Kinderbetreuung abzielen, haben geschlechtsspezifische Folgeerscheinungen nach sich gezogen (Ellingsæter 2006; Lammi-Taskula 2006). Es verfestigt sich das traditionelle Muster, dass die Mutter die primäre Betreuungsperson der Familie ist (Leira 2002). D.h.: Reformen, die zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Arbeit und Familie die Wahlfreiheit der Eltern unterstützen, haben im Vergleich zu den Väterquoten keinen besonders beeindruckenden Beitrag zur Aufgabenteilung bei der Kinderbetreuung geleistet, sondern sie fördern sogar die Aufrechterhaltung der traditionellen Rollenverteilung: Der Mann ist Alleinverdiener und die Frau ist Hausfrau. Tatsächlich bieten die Reformen zur Förderung der elterlichen Wahlfreiheit – Elternurlaubsregelungen und Kinderbetreuungsgeld – bei Weitem großzügigere Möglichkeiten für aktive Vaterschaft und gleichberechtigte Aufgabenverteilung bei der Kinderbetreuung, als sie das Ergebnis der durch die Eltern getroffenen „freien Entscheidungen“ zeigt (Leira 2006).

Wie ist ein solcher Befund zu erklären? Die Eltern treffen ihre Entscheidungen in Abhängigkeit von den ökonomischen und sozialen Ressourcen der Familie, wobei die Marktmacht und die ökonomische Versorgung der Familie meist ungleich verteilt sind. Das Einkommen einer beträchtlichen Zahl skandinavischer Frauen reicht nicht aus, um eine Familie zu finanzieren. Entscheidungen über die Anzahl der Kinder, die Form der Kinderbetreuung, Konsum und Erwerbstätigkeit oder Trennungen dürfen daher nicht losgelöst vom Machtgefüge innerhalb der Familie betrachtet werden (Ellingsæter/Leira 2006). Die „Wahlfreiheit der Eltern“ wirkt sich zudem bei getrennt- und zusammenlebenden Eltern ganz unterschiedlich aus. Die geschlechtsspezifische Verteilung der Erziehungs- und Familienarbeit und die unterschiedliche moralische Bewertung von Mutterschaft und Vaterschaft bleiben im Diskurs um die Wahlfreiheit meist unberücksichtigt.

Die Verengung des Konzeptes „Wahlfreiheit der Eltern“, bei der angenommen wird, dass sich Eltern (in der Regel Mütter) für Erwerbstätigkeit *oder* das Hausfrauendasein entscheiden oder Männer sich bei der Entscheidung für den Elternurlaub zwischen Kindern und Beruf entscheiden müssen, ist eines der Hauptprobleme der aktuellen familienpolitischen Debatte in den nordischen Ländern. Denn diese Sichtweise schließt von vornherein Varianten

aus, die im Rahmen einer weiter gefassten „Politik der Wahlfreiheit“, wie sie z. B. das Zwei-Verdiener/Zwei-Betreuer-Modell abbildet, durchaus realisierbar wären (Ellingsæter 2007b).

5

Ausblick: Anlass zu Optimismus?

Die skandinavische Familienpolitik der letzten 30 Jahre ist, um die Terminologie von *Gøsta Esping-Andersen* (1990) zu gebrauchen, vom „Regime des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats“ geprägt. Langfristig betrachtet ist die soziale Reproduktion zunehmend ein öffentliches Thema geworden; gleichzeitig wurde mehr öffentliche Verantwortung für die frühkindliche Betreuung übernommen (Kautto et al., 2001; Kangas/Palme 2005; Korpi 2000; Leira 2002, Ellingsæter/Leira 2006). Betrachtet man jedoch die vergangenen 15 Jahre, so hat sich die familienpolitische Umgestaltung im Kontext einer sich rasant verändernden ökonomischen und kulturellen Situation des nordischen Wohlfahrtsstaats vollzogen. Externe Zwänge machten ein Umdenken und eine Umgestaltung des Wohlfahrtsstaats erforderlich. Das Wiederaufleben neoliberaler ideologischer Strömungen ist eine weitere Herausforderung für die traditionelle Ordnung und die Werte des skandinavischen Wohlfahrtsstaats und verstärkt damit den Druck, das Sozialsystem und das System der öffentlichen Dienstleistungen umzustrukturieren. Seit Ende der 1990er Jahre werden in den skandinavischen Ländern verankerte Werte wie Solidarität vielleicht weniger betont und der Universalismus wird kontroverser diskutiert als zuvor. In den Debatten um die Zukunft des Wohlfahrtsstaats spielt beides jedoch nach wie vor eine große Rolle.

Eine interessante Frage ist in diesem Zusammenhang, inwiefern familienpolitische Reformen einen Wandel bewirken können, oder wie *Johanna Lammi-Taskula* (2006) es ausdrückt: „Kann der Wohlfahrtsstaat Geschlechterbeziehungen ändern?“ Die Antwort lautet: Ja. Die Erfahrungen in den nordischen Ländern legen nahe, dass Politik zum Wandel der Geschlechterbeziehungen beitragen kann. Elterliches Verhalten muss jedoch in einem weiter gefassten gesellschaftlichen Zusam-

menhang betrachtet werden, da die Reformwirkungen durch eine Vielzahl unterschiedlicher Faktoren bedingt sind. Die Kontexte, in denen Mütter ihre Entscheidungen treffen, sind zum Verständnis der beobachteten Verhaltensmuster von entscheidender Bedeutung. So kann vor allem die Arbeitsmarktsituation als Bedingung für die Ausbildung bestimmter Erwerbsmuster bei Müttern gar nicht überbewertet werden, wie der Vergleich der Auswirkungen der Betreuungsgeldreformen auf die Beschäftigungsquoten von Müttern und die Nachfrage nach Kinderbetreuungsangeboten in Finnland und Norwegen zeigt. Das bedeutet, dass die Beschäftigungsquoten bei Müttern nicht einfach als Ergebnis einer bestimmten Politikstrategie für Familien mit Kindern interpretiert werden dürfen (Daly 2000).

Die Erfolge der Politik bei der Herstellung von Chancen- und Ergebnisgleichheit

zwischen Männern und Frauen in den nordischen Ländern sind nicht zu unterschätzen. Generell ist die Gleichberechtigung der Geschlechter hier ein wichtiges politisches Thema. In den letzten dreißig Jahren hat sich im elterlichen Verhalten im Hinblick auf die Gleichberechtigung der Geschlechter bereits eine grundlegende Änderung vollzogen. Die hohe Frauenerwerbstätigkeit, relativ hohe Geburtenziffern und die wachsende Beteiligung nordischer Väter an der Kinderbetreuung sind Gründe für einen optimistischen Blick in die Zukunft. Dennoch bleibt die Frage aktuell: Wie verändert sich die Geschlechtergleichheit, wenn die Politik zur Gleichstellung der Geschlechter förmlich an der Haustür endet? Für die Analyse arbeits- und familienpolitischer Zusammenhänge sind die Folgen der „Wahlfreiheit der Eltern“ auch weiterhin von zentraler Bedeutung. Wichtige Fragestellungen sind beispielsweise:

Warum streben manche Eltern nach einer gerechten Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit, während andere sich für den traditionellen Ansatz entscheiden? Warum führt die „Wahlfreiheit der Eltern“ so oft zur erneuten Herausbildung eines geschlechtsspezifischen Ungleichgewichts bei der Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit? Und: Wie wirken sich unterschiedliche Formulierungen und Maßnahmen zur Förderung der elterlichen Wahlfreiheit aus? Darüber hinaus muss der konzeptuelle Rahmen dessen, was „Wahlfreiheit“ genau bedeutet, erweitert werden. Dabei müssen die jeweiligen Bedingungen, unter denen Eltern Entscheidungen treffen, d.h. ihre faktischen Wahlmöglichkeiten, berücksichtigt werden. Diese Fragen könnten aber auch umformuliert werden: Unter welchen Bedingungen führt die „Wahlfreiheit der Eltern“ tatsächlich zur erfolgreichen Gleichstellung der Geschlechter?

LITERATUR

- Beck, U./Giddens, A.** (2005): Discovering Real Europe: a Cosmopolitan Vision. http://www.policy-network.net/php/print_preview.php?aid=471
- Bergqvist, C./Borchorst, A./Christensen, A./Ramstedt-Silén, V./Raum, N./Styrkårsdóttir, A.** (Hrsg.) (1999): Equal Democracies: Gender and Politics in the Nordic Countries, Oslo
- Borchorst, A.** (2006): The public-private split rearticulated: abolishment of the Danish daddy leave, in: Ellingsæter, A. L./Leira, A. (Hrsg.): Politicising parenthood in Scandinavia. Gender relations in welfare states. Bristol, S. 101–120
- Daly, M.** (2000): A Fine Balance: Women's Labor Market Participation in International Comparison, in: Scharpf, F. W./Schmid, V. A. (Hrsg.): Welfare and Work in the Open Economy, Band II, Oxford, S. 467–510
- Ellingsæter, A. L.** (1998): Dual breadwinner societies. Provider models in the Scandinavian welfare states, in: Acta Sociologica 41, S. 59–73
- Ellingsæter, A. L.** (2006): The Norwegian childcare regime and its paradoxes, in: Ellingsæter, A. L./Leira, A. (Hrsg.): Politicising parenthood in Scandinavia. Gender relations in welfare states, Bristol, S. 121–144
- Ellingsæter, A. L.** (2007a): Nordic parental leave: recipe for high employment/high fertility? Institut für Soziologie und Humangeografie der Universität Oslo. <http://www.iss.uio.no/forskning/memoranda.html>
- Ellingsæter, A. L.** (2007b): 'Old' and 'new' politics of time to care: three Norwegian reforms, in: Journal of European Social Policy 1, S. 47–58
- Ellingsæter, A. L./Gulbrandsen, L.** (2007): Closing the childcare gap: the interaction of childcare provision and mothers' agency in Norway, in: Journal of Social Policy 4, S. 1–21
- Ellingsæter, A. L./Leira, A.** (Hrsg.) (2006): Politicising parenthood in Scandinavia, Bristol
- Esping-Andersen, G.** (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism, Oxford
- Esping-Andersen, G. et al.** (2002): Why We Need a New Welfare State, Oxford
- Europäische Gemeinschaften** (2004): Jobs, Jobs, Jobs – Mehr Beschäftigung in Europa schaffen. Bericht der Taskforce Beschäftigung unter Vorsitz von Wim Kok, Luxemburg
- Graubard, S.** (1986): Norden – The Passion for Equality, Oslo
- Haatajaa, A./Nyberg, A.** (2006): Diverging paths? The dual-earner/dual-carer model in Finland and Sweden in the 1990s, in: Ellingsæter, A. L./Leira, A. (Hrsg.): Politicising parenthood in Scandinavia. Gender relations in welfare states, Bristol, S. 121–144
- Huber, E./Stephens, J. D.** (2000): Partisan Governance, Women's Employment, and the Social Democratic Service State, in: American Sociological Review 65, S. 323–342
- Kautto, M./Fritzell, J./Hvinden, B./Kvist, J./Uusitalo, H.** (2001): Nordic Welfare States in the European Context, London
- Kangas, O./Palme, J.** (2005): Social policy and economic development in the Nordic countries, Chippenham and Eastbourne
- Korpi, W.** (2000): Faces of Inequality: Gender, class and pattern of inequalities in different types of welfare states, in: Social Politics 2, S. 27–91
- Lammi-Taskula, J.** (2006): Nordic men on parental leave: can the welfare state change gender relations? In: Ellingsæter, A. L./Leira, A. (Hrsg.): Politicising parenthood in Scandinavia. Gender relations in welfare states. Bristol, S. 79–100
- Leira, A.** (1992): Welfare States and Working Mothers. The Scandinavian Experience. Cambridge
- Leira, A.** (1993): The woman-friendly welfare state? – The case of Norway and Sweden, in: Lewis, J. (Hrsg.): Gender and Social Policies in Europe, Cheltenham
- Leira, A.** (1998): Caring as Social Right: Cash for Child Care and Daddy Leave, in: Social Politics 3, S. 362–378
- Leira, A.** (2002): Working Parents and the Welfare State, Cambridge
- Leira, A.** (2006): Parenthood change and policy reform in Scandinavia, 1970s–2000s, in: Ellingsæter, A. L./Leira, A. (Hrsg.): Politicising parenthood in Scandinavia. Gender relations in welfare states, Bristol, S. 27–52
- Mandel, H./Semyonov, M.** (2005): Family Policies, Wage Structures and Gender Gaps: Sources of Earnings Inequality in 20 Countries, in: American Sociological Review 40, S. 949–967
- Nordic Council of Ministers** (1995): Gender Equality – the Nordic Model, Kopenhagen
- Nordic Council of Ministers** (2006): Nordic Statistical Yearbook 2005, Kopenhagen
- NOSOSCO** (2006): Social protection in the Nordic countries 2004, Kopenhagen
- Petersen, T./Penner, A./Høgsnes, G.** (2007): The motherhood Penalty: Sorting Versus Differential Pay, Institut für Soziologie und Humangeografie der Universität Oslo. <http://www.iss.uio.no/forskning/memoranda.html>
- Rønsen, M./Skrede, K.** (2006): Nordic fertility patterns: compatible with gender equality?, in: Ellingsæter, A. L./Leira, A. (Hrsg.): Politicising parenthood in Scandinavia. Gender relations in welfare states, Bristol, S. 53–76
- Skrede, K.** (2004): Familiepolitikens grense – ved "likestilling light"? in: Ellingsæter, A. L./Leira, A. (Hrsg.): Velferdsstaten og familien, Oslo, S. 160–200
- Syltevik, L. J./Wærness, K.** (2004): Det rasler i lenker – forsørgernormer i endring?, in: Ellingsæter, A. L./Leira, A. (Hrsg.): Velferdsstaten og familien, Oslo, S. 100–127